

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 19 (1978)
Heft: 16

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

FACETTEN zum Alltag drüben

Es kommt immer auch darauf an, was man aus einer soziologischen Erhebung macht, aber der Preis für die beste Auswertung gebührt doch den Bulgaren.

Das soziologische Institut der Bulgarischen Akademie der Wissenschaft führte in der Firma «Elprom», einem Grossunternehmen zur Herstellung von Elektromotoren in der Stadt Trojan, eine Befragung zu den sozialen Verhältnissen der Belegschaft durch, und «Otetschestven Front» (Sofia, 22. 5. 78) hat darüber berichtet.

Unter den vielen Items (die meisten übrigens durchaus interessant) betraf eines Freizeit, Hobbies und kulturelle Interessen. Hierbei stellte sich heraus, dass 41,64 Prozent der Belegschaft ihre Ferien jedes Jahr zu Hause verbringen. Daraus lässt sich doch etwas schliessen, nicht? Aber sicher. Daraus lässt sich schliessen, so erkennt «Otetschestven Front», wie gut die Leute doch wohnen müssen.

Aber wie immer es mit den schönen nachträglichen Interpretationen bestellt ist, die Umfrage selbst scheint nicht auf Beschönigung angelegt worden zu sein. Das ergibt sich z. B. aus den Auserungen der Arbeiter zur Kündigungsfrage. Anfang der siebziger Jahre hatte man zur Bekämpfung der Arbeitskräfte-Fluktuation einen (damals nicht publizierten) Regierungsbeschluss gefasst, wonach Arbeiter, die ihre Stelle kündigten, in ihren Rechten auf Rente, Ferien und Krankenentschädigung gekürzt wurden. Man behandelte sie in dieser Beziehung gleich wie Leute, die man aus disziplinarischen Gründen entliess. Das ist auch eine Facette der angeblichen Arbeitermacht. Immerhin machte die jetzige Umfrage die Ansicht der Belegschaft deutlich. Nur gerade 6,8 Prozent der Befragten fanden die geltende Regelung gerecht, 26 Prozent nannten sie «teilweise gerecht», 37,6 Prozent «ungerecht» und

7,5 Prozent «äusserst ungerecht»; was das restliche Fünftel geantwortet hat, wird nicht erwähnt.

Nun, wenigstens fragt man die Arbeiter nach dreissig Jahren ihrer «Diktatur» auch einmal nach ihrer eigenen Ansicht.

Doch auch hier verwischen die Kommentare von «Otetschestven Front» die saubere Sache ein bisschen. Zweck der Ermittlung zu diesem Punkt sei es gewesen, heisst es, herauszufinden, ob die geltenden Regelungen zur Migrationsvermeidung einen Beitrag zu einem guten sozio-psychologischen Klima und zu hoher Produktivität darstellen. Ob den Arbeitern Recht oder Unrecht widerfährt, das interessiert offenbar nicht per se, sondern nur als Produktionsfaktor. ■

In Kürze

In Polen ist Oberst Wilhelm Kubisz, Oberfeldprediger der polnischen Armee, gestorben und mit militärischen Ehren bestattet worden. Das ist keine Einleitung zu einer historischen Reminiscenz, sondern eine Meldung, die am 28. 7. 1978 von der polnischen Parteipresse gebracht wurde. Tatsächlich ist Polen das einzige kommunistisch regierte Land, in dem (30 Jahre nach der KP-Machtergreifung notabene) die Armeeseelsorge immer noch eine offizielle Institution ist, trotz der offiziell atheistischen Staatsideologie.

*

In den polnischen Städten Gdansk und Katowice sind Organisationskomitees zur Schaffung einer unabhängigen Freien Gewerkschaft entstanden. Die Initianten wollen laut ihrer Ankündigung die wirtschaftlichen, juristischen und humanitären Interessen der Werktätigen schützen, welche die offizielle Gewerkschaft missachte.

*

Von «Neuigkeiten zum Marathonlauf» berichtet die Moskauer «Literaturnaja gaseta» (5. 7. 78), nur freilich auf der satirischen Seite. So: «Ist der Marathonlauf für Frauen geeignet? Frau A. D. Bozowa in Monorealsk hat diese Frage mit einer

4%

Anlagehefte

4 1/4%

Kassa-Obligationen

COUPON für Geschäftsbericht
in verschlossenem Couvert

Name _____

Strasse _____

Ort _____

CITY BANK

Talstrasse 58, 8021 Zürich
Tel. 01/211 76 11

Rekordleistung überzeugend beantwortet. Sie schaffte es nicht nur, namhafte männliche Konkurrenten zu besiegen, sondern während des Laufens noch eine ganze Tasche voll Einkäufe zu machen, Altpapier abzugeben, ihrem Mann einen Pullover zu stricken und «Königin Margot» zu lesen. Ihren Langstreckenlauf beendete Agrafena Dormidontowna zusammen mit ihren Enkeln, die sie vor dem Endspurt von Schule und Kindergarten abholte.»

*

Es gibt im Sowjetlager Strafverfahren, die stattfinden, aber nicht bekanntgemacht werden. Doch kann es auch welche geben, die bekanntgemacht werden, aber nicht stattfinden. So einen Fall vermutet man jetzt in Polen nach einem schweren Verkehrsunfall. Ein Militärlastwagen der bei Selenaja Gora stationierten sowjetischen Streitkräfte fuhr bei der Stadt Krasno-Odzansk mit hoher Geschwindigkeit ohne Licht in einen polnischen Autobus. 15 Passagiere wurden getötet, 14 schwer verletzt. Die polnische Presse teilte in der Folge mit, der fehlbare sowjetische Armeeangehörige sei gemäss Abkommen über die Dislozierung sowjetischer Truppen auf polnischem Territorium einem polnischen Gericht überwiesen und bestraft worden. Aber da weder über den Prozessort noch über das Urteil irgend etwas mitgeteilt wurde, glauben die Polen dem Communiqué überhaupt nicht.

*

Als «eine Art Anti-Lexikon», dem man eine Gebrauchsanweisung beilegen sollte, hat die Ost-Berliner Zeitschrift «Wochenpost» in ihrer jüngsten Ausgabe «Meyers Neues Lexikon» bezeichnet, das in der DDR neu herausgekommen ist. Im jetzt erschienenen letzten Band dieses grössten DDR-Lexikons (15 Bände) würden auf 131 Seiten rund 700 Fehler korrigiert, aber damit seien noch lange nicht alle erfasst. ■

Teppiche als Kunstwerke.

Wir haben im Orient Teppiche gefunden, die so einzig sind in ihrer Art, so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weil sie so selten, alt und kostbar sind, haben wir diese Teppiche in einer Sammler-Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen, heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen, sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6
Marktgasse 42, 3011 Bern
Teppich-Showroom Zürich, Zweierstr. 35, 8004 Zürich



Importeur feiner Qualitätsweine

Für die Freunde des Schweizer
Weissweins empfehlen wir aus dem
Sonnenjahr 1976:

Epesses «La Braise d'Enfer» 1976
Fruchtig, blumig, sehr elegant und
voll.

Die Original-7/10-Flasche Fr. 10.—

Vins HESS Weine
Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55

Blockfrei im Sowjetblock

Wie blockfrei die sogenannten Blockfreien eigentlich sind, das ist von Fall zu Fall und gesamthaft schon längst die Frage. Der Fortschritt besteht darin, dass sie auch unter den Blockfreien selbst zum Traktandum geworden ist.

Das Belgrader Treffen der blockfreien Aussenminister diente im wesentlichen der Vorbereitung des VI. Gipfeltreffens dieser Bewegung, das nächstes Jahr in Kubas Hauptstadt Havanna stattfinden soll. Dann wird Kuba automatisch den Vorsitz für die anschließenden drei Jahre von Sri Lanka übernehmen, wo 1976 das V. Gipfeltreffen stattgefunden hat.

Das anhaltende militärische Engagement Kubas in Afrika — offensichtlich im Dienste der Sowjetunion — hat das Belgrader Treffen überschattet. Denn dieses Engagement ist tatsächlich unvereinbar mit den Prinzipien der Blockfreien. Sie stellen zwar eine sehr lose Bewegung dar, haben aber dennoch Grundsätze befolgt oder doch wenigstens verkündet, die bisher unangefochten geblieben sind. Dazu zählt die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ebenso wie das Fernbleiben von militärischen Bündnissen.

Grösste Verstösse gegen diese Grundsätze hat sich zweifellos Kuba geleistet, das seine Verbundenheit mit dem Sowjetlager plakatiert. Wenn es auch dem Warschauer Pakt offiziell nicht angehört, so ist es doch materiell in das sowjetische militärische Bündnisssystem einbezogen. Die politisch-ideologische Bindung Kubas an die Sowjetunion findet ihren wirtschaftlichen Ausdruck nicht nur in seiner RGW-Zugehörigkeit, sondern auch in der Verschuldung, die heute bereits auf 5 Milliarden Dollar geschätzt wird. Moskau dürfte gegenwärtig eine Wirtschaftshilfe an Havanna im Ausmass von etwa 2 Millionen Dollar täglich leisten. Zum kubanischen Schuldendienst scheint der militärische Einsatz für die Sowjetunion in Afrika zu gehören, ferner und nicht zuletzt auch die angestrebte Ausrichtung der Blockfreien auf den Moskauer Kurs.

Das ist nicht neu. Am IV. Gipfeltreffen der Blockfreien, das 1973 in Algier stattfand, hatte Fidel Castro bereits einige Delegierte mit einer prosovjetschen Rede vor den Kopf gestossen. Darin hatte er für eine enge Zusammenarbeit der Blockfreien mit dem Sowjetblock geworben. Diese Idee wurde jetzt von der kubanischen Presse als Vorbereitung auf Belgrad erneut aufgenommen. In verschiedenen Artikeln hat man vorgeschlagen, dass die Bewegung eine härtere «antiimperialistische» Politik verfolgen solle. Darüber wird kubanischerseits aber nicht etwa eine durchaus angebrachte kritischere Haltung gegenüber dem sich verstärkenden Sowjetimperialismus verstanden.

In Belgrad ist der kubanische Führungsanspruch unverhüllt vorgetragen worden. Kubas Aussenminister Isidoro Malmierca nahm Algerien gegen Marokko, Libyen gegen Aegypten, Aethiopien gegen Somalia, die Sowjetunion gegen China und Vietnam gegen Kambodscha in Schutz — und stellte sich deckungsgleich auf die sowjetische Linie als «his master's voice». Er sicherte sich

das Unterstützungsfeld Vietnams und Afghanistans. Vor allem aber wurde die Absicht noch eindeutiger umrissen: der Begriff der «Blockfreiheit» soll künftig in der sowjetischen Lesart verstanden werden, um diese wichtige Ländergruppe langsam ebenfalls auf Moskauer Kurs zu bringen.

Gegen diese Absicht ist Kuba bereits Opposition erwachsen. Das zeigten die Schwierigkeiten, die

der Verabschiedung eines Schlusscommuniqués in Belgrad im Wege standen. Der Text, auf den sich die Delegierten mit einem Tag Verspätung doch noch einigten, enthält zwar kubanische Postulate, die gegen den Westen gerichtet sind, zugleich aber auch eine Verurteilung des Imperialismus und anderer Formen von Hegemonie. Das ist nicht viel, aber vielleicht doch ein Anfang, der den Gemässigten und besonders auch dem Gastgeber Jugoslawien zu danken ist.

Die Abhaltung des Gipfeltreffens von 1978 in Kuba ist zum Beschluss erhoben worden; ob und wie es stattfinden wird, bleibt immerhin noch die Frage. Kuba steht vor der Wahl, seine militärischen Handlangerdienste für die Sowjetunion in Afrika fortzusetzen oder seine Truppen abzuziehen. Im ersten Fall könnte das VI. Gipfeltreffen in einem anderen Land zusammentreten, oder aber der Tagungsort Havanna läuft Gefahr, von 30 bis 40 Ländern boykottiert zu werden, was das Ende der Blockfreien bedeuten könnte. P.S.

Evangelische Studentengemeinde im modischen Einsatz

Fromm zum Sturm

Hochschulpfarrämter haben sich als wichtige Objekte für spätmarxistische Sinnggebung erwiesen. Das ist, von der atheistischen Grundhaltung dieser Kreise her betrachtet, eher erstaunlich. Aber es ist auch verständlich, wenn man die grössere Glaubwürdigkeit seelsorgerischer Organisationen bedenkt, die auf diese Weise für die Agitation missbraucht werden können. Eben dies wird nachfolgend am Beispiel der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Köln aufgezeigt.

Nach heftigen Kontroversen zwischen dem «Evangelischen Arbeitskreis» (EAK) der CDU Köln und der «Evangelischen Studentengemeinde» (ESG) Köln hat der EAK eine «Dokumentation zur politischen Einseitigkeit und zum politischen Betätigungsfeld der ESG Köln» zusammengestellt.

Die ESG forderte, dass folgende darin enthaltene Feststellung zu unterlassen sei:

«Die ESG Köln bildet eine Aktionsgemeinschaft mit kommunistischen, linksradikalen und anarchistischen Gruppen.»

Der EAK brachte darauf zahlreiche Beweise für die Richtigkeit seiner Behauptung, von denen wir nachstehend einige zitieren:

A. Beispiele für Aktionsgemeinschaften mit anarchistischen Gruppen

1. Die ESG und der «Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID)»

Die ESG publiziert im «ID», um missliebige evangelische Christen vor einer anarchistischen Leserschaft anzugreifen. Der Titel eines Aufsatzes, der mit ESG Köln unterzeichnet ist, lautet «Denunzierende Angriffe auf die ESG Köln». Die Eingangspassage des Aufsatzes heisst:

«Warum ein Flugblatt der ESG Köln im 'ID'? Die ESG bietet eine der letzten Möglichkeiten für Linke, sich zu treffen und Veranstaltungen durchzuführen. Diese Möglichkeit müssen wir erhalten.»

Die ESG Köln führte mit Beiratsmitgliedern des

«ID» gemeinsame Veranstaltungen durch. Zum Beispiel mit Jürgen Roth, der auf der ESG-Veranstaltung vom 15. Juli 1976 «Faschismus kommt nicht über Nacht» sprach, oder mit Christian Geissler. Dieser trat am 9. April 1974 gemeinsam mit dem Rechtsanwalt Klaus Croissant auf einer Protestveranstaltung der «Komitees gegen die Folter an politischen Gefangenen» auf.

2. Die ESG und der «andere Buchladen»

Die Abhaltung des Gipfeltreffens von 1979 in von Mitgliedern der Organisationen «Anarcho-Syndikat», «Arbeiterkampf», «Sozialistisches Büro» und «Sozialistische Schülerbasisgruppen» gegründet. Er verbreitet anarchistische Literatur und wurde bereits mehrmals von der Polizei untersucht. Der «andere Buchladen» ist Kontaktadresse des «ID» und muss als Verbreiter anarchistischen Gedankengutes in Köln angesehen werden. Im «anderen Buchladen» ist neben der vielfältigen Anarcho-Literatur auch ESG-Material erhältlich.

Mit diesem «anderen Buchladen» geht die ESG Köln nachweislich immer wieder Aktionseinheiten ein. Als Beispiele werden hier die Veranstaltungen zum «Kölnener Türkenprozess» am 7. Februar 1976 und die Aktion «Christian Geissler» vom 26. November 1976 angeführt.

B. Beispiele für Aktionsgemeinschaften mit kommunistischen und linksextremistischen Gruppen

1. Die ESG Köln trat im Sommersemester 1973 öffentlich für die Wahl des «Kommunistischen

Zwei Gründe

Auf eine Umfrage zum Thema «Warum ich kein Marxist bin» antwortete auch Ludek Pachman, der Schachgrossmeister, der in der CSSR ins Gefängnis kam (weil er sich als KP-Mitglied auch nach der sowjetischen Invasion zum «Prager Frühling» bekannte) und 1972 in die BRD abgeschoben wurde. Er nannte zwei Gründe.

Erstens habe er jetzt zum Christentum gefunden, und das schliesse den Marxismus aus. Zwar habe er im Westen gelernt, dass christliche Seelsorger zum Marxismus emporstrebten, aber das sei ungefähr das gleiche, «wie wenn ein Wehrdienstverweigerer zum General befördert werden möchte».

Und zweitens? «Zweitens», sagte Pachman: «Ich war Marxist.»

Studentenverbands» und der «Kommunistischen Hochschulgruppe» ein. Neben vielen Aktions-einheiten finden laufend Veranstaltungen kommunistischer Gruppen im ESG-Heim statt, zum Beispiel eine Wahlveranstaltung der «Kommunistischen Hochschulgruppe», eine Tagung des «Komitees gegen den §218»; die maoistische KPD führte im ESG-Heim Schulungen durch.

2. Die ESG Köln geht immer wieder Aktions-einheiten mit dem «Sozialistischen Büro» (SB) und dessen Unterorganisationen ein. So führte sie mit diesem zusammen eine gemeinsame Veranstaltung unter dem Titel «Oekonomische Krise und politische Repression» durch.

Mit der «Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft» —

eine Unterorganisation des SB — fand eine gemeinsame Veranstaltung der ESG Köln unter dem Motto «Wer sich nicht wehrt — lebt verkehrt» statt.

Gemeinsam mit dem «Sozialistischen Lehrerbund» nahm die ESG Köln das Projekt «Lehrerzentrum» in Angriff. Dieses war vom SB vorbereitet worden. Die ESG Köln übernahm dafür unter ihrem Namen die propagandistische Arbeit im Universitätsbereich.

Weiterhin arbeitet die ESG Köln mit den «sozialistischen Osteuropa-Komitees» zusammen, die dem SB zumindest nahestehen. Der einseitige Einsatz, der durch die marxistische Ideologie bedingt ist, zeigte sich bei einer gemeinsamen Veranstaltung der ESG Köln und dem «sozialistischen Osteuropa-Komitee Hamburg» im Januar 1977. Dort wurde der Wunsch evangelischer Studenten, an dieser Veranstaltung auch die «Gesellschaft für Menschenrechte», vertreten durch Frau Cornelia Gerstenmeier, teilnehmen zu lassen, von der derzeitigen ESG-Leitung abgelehnt.

C. Aktionsgemeinschaften der ESG Köln mit linksextremistischen ausländischen Gruppen

Die ESG Köln bildet ebenfalls Aktionsgemeinschaften mit ausländischen maoistischen Gruppen. Als Beispiel kann hierfür die persische Organisation «CISNU» (Conföderation iranischer Studenten, Nationale Union) herangezogen werden. Diese wird vom Innenministerium als terroristische Gruppierung eingestuft.

Neben zahlreichen weiteren Beispielen verweist der EAK Köln in seiner Dokumentation auf das «Nahost-Komitee» (eine vom «Kommunistischen Bund Westdeutschlands» mitgetragene Organisation) und auf das «Chile-Komitee», deren Ver-

anstaltungen von der ESG Köln unterstützt werden.

Die ESG Köln hatte ferner verlangt, dass in der Dokumentation des EAK Köln folgende Feststellung zu unterlassen sei:

«Die Kölner ESG habe längst den Boden des freiheitlichen Rechtsstaates verlassen.»

Der EAK hält daran fest mit folgender Begründung: Als Folge ihrer marxistischen Zielvorstellung richtet sich die Arbeit der ESG Köln konsequenterweise gegen die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Dabei dient ihr die «Dritte Gewalt» als wichtiger Angriffspunkt. Die Justiz gilt allgemein im anarchistischen, kommunistischen und linksextremistischen Spektrum sowohl in bezug auf Agitationsmöglichkeiten als auch Einschüchterungsmöglichkeit der staatlichen Autorität als effektives Angriffsziel. Zum Zwecke der Auseinandersetzung mit der Justiz hat die ESG Köln den «Arbeitskreis Recht und Herrschaft» gegründet. Im weiteren setzt sich die ESG Köln mit ihrer Argumentation faktisch für ein Ausserkraftsetzen von Rechtsnormen, vornehmlich des Strafrechts, aus politischen Gründen ein. ■

Briefe

Mit grossem Interesse habe ich den Artikel im ZB vom 26. Juli über die sogenannte Christliche Friedenskonferenz gelesen.

Es interessiert mich nunmehr zu wissen, ob die «Basler Zeitung» auf den Artikel reagiert hat; vielleicht können Sie mir Photokopien dieser Reaktion oder von Lesern der «Basler Zeitung» zuschicken. J. E., Brüssel

Red. ZB: Die «Basler Zeitung» und 266 andere Zeitungen der Schweiz haben ZB Nr. 15 mit einem Brief und einer Kurzbesprechung erhalten. In der «Basler Zeitung» haben wir selbst keine Reaktion festgestellt; wir sind auch nicht über eine Reaktion informiert worden. sa

Der Kommentar

Ein Gleiches

Das, was der EAK von der ESG Köln bekannt gibt, ist beispielhaft und charakteristisch für eine Entwicklung, die auch bei uns in der Schweiz beobachtet werden konnte und kann. Dafür bloss einige Hinweise:

In Bern hospitierte die «Informationsgruppe Argentinien» im Postfach der Evangelischen Universitätsgemeinde (EUG), bis sie ihr eigenes Postfach erhielt.

Der Pfarrer der EUG ist Erstunterzeichner des «Demokratischen Manifestes Bern», und dieses hält seine wöchentlichen Sitzungen im Foyer der EUG ab. Dort tügten ebenfalls die Progressiven Frauen, bis die Aufsichtsbehörde der EUG dagegen einschritt.

Das einseitige politische Engagement der Evangelischen Hochschulgemeinde Zürich (unter anderem gegen AKW), ging so weit, dass die Aufsichtsbehörde persönlich Umbesetzungen einleitete.

Der «Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten» (ID) hat nicht nur beim «anderen Buchladen» in Köln eine Kontaktadresse, sondern auch bei «eco-libro» in Zürich und Locarno. Mitinhaber von «eco-libro» ist der TV-Mann Giorgio Bellini, der in die Bündlstrasse-Affäre verwickelt war (mangels Beweisen aber freigelassen wurde) und der im Zusammenhang mit der Verhaftung von Sergio Mantovani in Kairo von der ägyptischen Presse als «Terroristenchef» bezeichnet worden ist.

Und wer denkt beim ESG-«Arbeitskreis Recht und Herrschaft» nicht an die «Kommission Kirche und Macht» des bernischen Synodalrates und an deren jüngst erschienene Denkschrift, die von augenfälliger Linkslastigkeit ist?

Der Leiter der bernischen EUG ist Mitglied des «Arbeitskreises kritische Kirche», die das «Bieler Manifest» herausgab und die wiederum das Postfach mit der «Offenen Kirche» teilt. Die «Offene Kirche» erscheint jährlich mit zehn Nummern; es liegt auf der Hand, dass sie die Verteidigung der linkslastigen EUG übernommen hat.

Der gleiche EUG-Leiter hat als «Universitätspfarrer» die Wahl eines PdA-Mitgliedes empfohlen. Er ist auch Mitglied der «Arbeitsgruppe 3. Welt» und im Nestlé-Prozess bedingt verurteilt worden. ps

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar +

Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

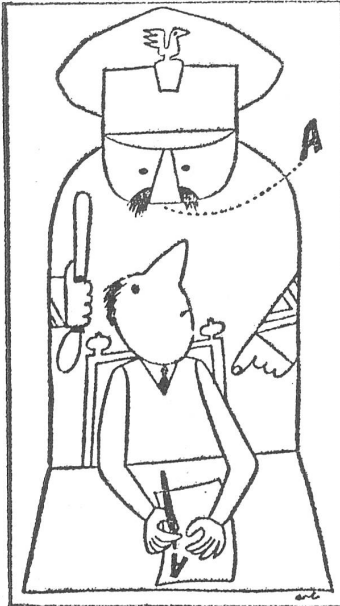
Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr. 37.-, DM 34.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

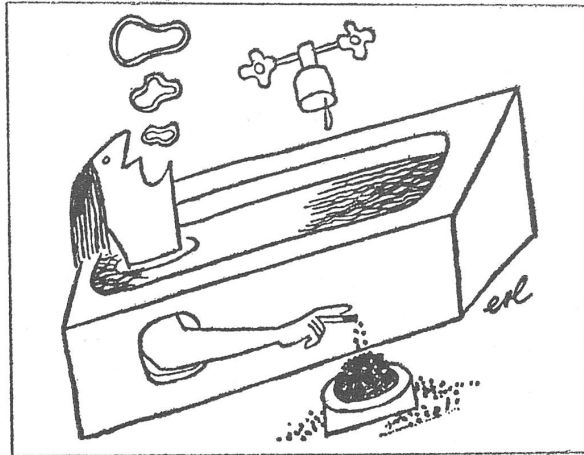
(Ausland Fr. 23.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr. 20.-, DM 18.-)

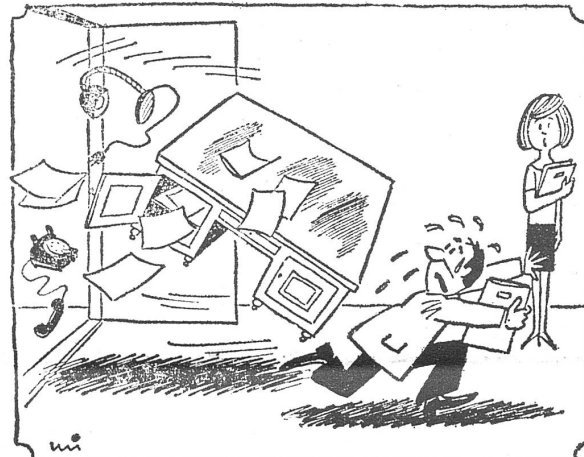
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)



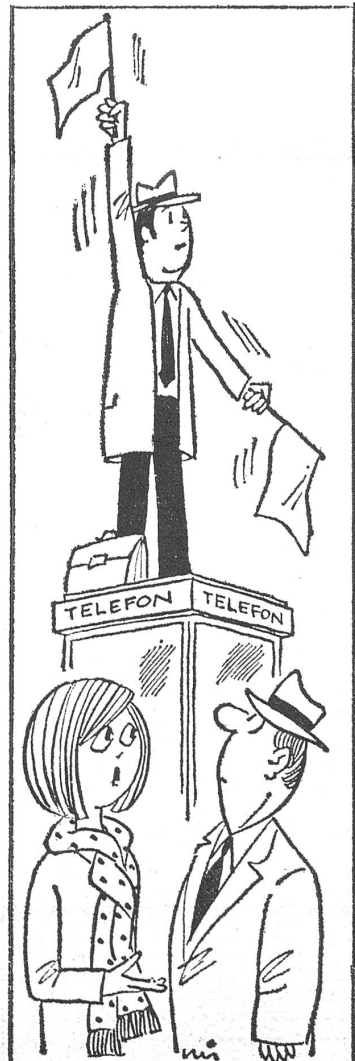
Inspiration auf Befehl. (12. 7. 78.) Und der Witz: der Polizist trägt nicht den polnischen Adler; es sieht nur so aus.



Alles, was es zum kombinierten Wohlbehagen braucht, ist ein bisschen Surrealismus. (12. 7. 78)



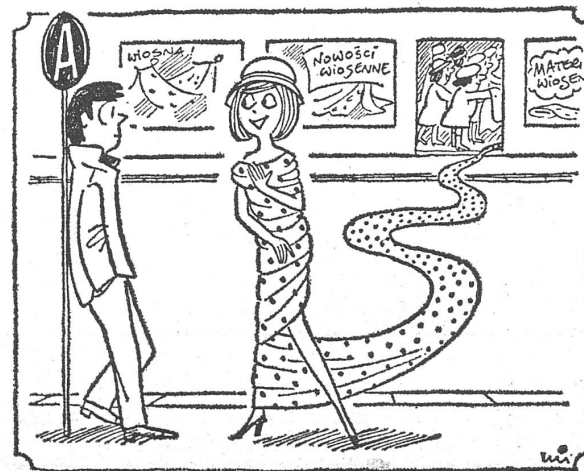
«Ich hab' Ihnen doch gleich gesagt, dass der Chef momentan etwas gereizt ist. Aber Sie hatten ja mehr Angst, hier im Vorraum ein bisschen zu warten.» (18. 3. 78)



«Na, es funktioniert doch.» (16. 4. 78)

«Express Wieczorny»,
Warschau

3 x unsere Syrenka und
2 x ihre Intelligentsia



«Und wie gefällt dir das Muster, Schatz?» – «Zum Rollen.» (14. 4. 78)

à propos Mensch

Einmal mehr: die Menschen im Theoriebereich des Sozialismus sind uns so unähnlich nicht. Mitmenschlichkeit? Unmenschlichkeiten sieht Olga Tschajkowskaja als «Bildungsfrüchte» wachsen (*Lit. gaseta*, Nr. 21/1978).

«Stress, psychologische Unvereinbarkeit, genetische Vorprägung... Immer häufiger verlassen diese und andere wissenschaftliche Ausdrücke die Gebäude von Institutionen der Wissenschaft. Wir hören sie auf der Strasse, zu Hause, bei Bekannten... Leider werden sie längst nicht immer mit Sachkenntnis verwendet. Falsch verstanden und angewendet, können diese Begriffe bisweilen recht dramatische Situationen bewirken.»

Eine junge Frau behandelt ihre Mutter (im gemeinsamen Haushalt) wie ein Dienstmädchen; der junge Gatte erklärt und entschuldigt den töchterlichen Egoismus als «psychologische Unvereinbarkeit», als Folge von «Stress» bei seinem Frauchen.

Eine Wissenschaftlerin hat einen Buben adoptiert und schreibt ihn als «Träger eines minderwertigen Genotypus» ab, als er bockig wird... weil sich ihre Erziehungsmassnahmen darin erschöpfen, dass sie dem Kind viel Spielzeug und viel Schläge gibt. Der Junge wird vor Mut- und Hoffnungslosigkeit zu einem wahrhaftigen Tunichtgut; nur langsam vermag ihn während der Lehrzeit eine Erzieherin davon zu überzeugen, dass er anders kann, anders ist.

«Nein, sie dienen ungunstigen Zwecken, all diese wissenschaftlichen Ausdrücke und Begriffe, bis zur Unkenntlichkeit verschwommen und umgeschneidert. Hat jemand eine Schweinerei begangen, rechtfertigt er sich: 'Stress!' Mag jemand sich nicht die Mühe nehmen, die Beziehungen zu einem andern zu pflegen, sagt er: 'Zwischen uns herrscht psychologische Unvereinbarkeit.' Kann, ja will man den anderen und das, was ihn aufregt, bekümmert, interessiert oder begeistert, nicht verstehen, so sagt man: 'Er hat Komplexe, er ist zyklisch fixiert' — und meint noch, ganze Arbeit geleistet, das Wesen eines Menschen damit eingefangen zu haben.»

«Sie gereichen doch aber der menschlichen Seele zum Schaden», gibt die Journalistin (marxwidrig) zu bedenken, «diese pseudowissenschaftlichen Schludrigkeiten, sie nehmen ihr die sittliche Verantwortung weg. Wenn sie einer Jekaterina Sergejewna [jener studierten Adoptiv-Rabenmutter] nicht zur Verfügung gestanden hätten, so hätte sie es nicht gewagt — vor sich selber hätte sie's nicht gewagt! —, sich gegenüber einem Kind, für das sie selbst die Verantwortung übernommen hatte, derart zu verhalten. So aber wagte sie es und empfand dabei keinerlei Verlegenheit.»

Menschlicher Moskauer Rat: Im Zweifelsfall das Herz, nicht die (Pseudo-)Bildung sprechen lassen!

HTD